



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 24. März 2004 (29.03)
(OR. fr)

7712/04

PUBLIC 2

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
FEBRUAR 2004

Dieses Dokument enthält

- in **Anlage I** eine Aufstellung der vom Rat im Februar 2004 endgültig angenommenen Rechtssetzungsakte sowie in **Anlage II** die Protokollerklärungen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In der Aufstellung sind auch etwaige Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie die Abstimmungsregel vermerkt;
- in **Anlage III** eine Aufstellung der sonstigen vom Rat im Februar 2004 angenommenen Rechtsakte¹, in der gegebenenfalls auf Abstimmungsergebnisse, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie Erklärungen hingewiesen wird, die gemäß Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Vorliegendes Dokument ist auch über die Internet-Site <http://ue.eu.int> unter der Rubrik "TRANSPARENZ" - "Rechtsakte des Rates" zugänglich.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, dass ausschließlich die die endgültige Annahme der Rechtssetzungsakte betreffenden Protokolle maßgebend sind. Die Auszüge aus den betreffenden Protokollen können beim Dienst "Transparenz" über E-mail unter der Adresse transparency@consilium.eu.int angefordert werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

FEBRUAR 2004			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Am 2. Februar 2004 abgeschlossene schriftliche Verfahren			
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge	PE-CONS 3696/03		Qualifizierte Mehrheit
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste	PE-CONS 3695/03		Qualifizierte Mehrheit
Einheitlicher europäischer Luftraum		8/04, 9/04	
• Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Rahmens für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums ("Rahmenverordnung")	PE-CONS 3690/03 + REV 1 (fr)		Qualifizierte Mehrheit
• Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erbringung von Flugsicherungsdiensten im einheitlichen europäischen Luftraum ("Flugsicherungsdienste-Verordnung")	PE-CONS 3691/03 + REV 1 (fr) + REV 2 (fi)		Qualifizierte Mehrheit
• Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Ordnung und Nutzung des Luftraums im einheitlichen europäischen Luftraum ("Luftraum-Verordnung")	PE-CONS 3692/03 + REV 1 (fr) + REV 2 (fi)		Qualifizierte Mehrheit
• Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Interoperabilität des europäischen Flugverkehrsmanagementnetzes ("Interoperabilitäts-Verordnung")	PE-CONS 3693/03 + REV 1 (fi)		Qualifizierte Mehrheit

FEBRUAR 2004			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2505/96 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Gemeinschaftszollkontingente für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren	16044/03 + COR 1 (es) + COR 2 (nl)		Qualifizierte Mehrheit
2561. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 19. Februar 2004			
Verordnung des Rates zur Schaffung eines Netzes von Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen	15813/03	10/04, 11/04	Einstimmigkeit
Verordnung des Rates und Beschluss des Rates über Verfahren zur Änderung des SIRENE-Handbuchs	5361/04 + COR 1 5362/04 + COR 1 (en,fr,it,nl,da,el,es,pt,fi,sv)		Einstimmigkeit Einstimmigkeit
Entscheidung des Rates zur Annahme eines von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden zusätzlichen Forschungsprogramms	5507/04		Einstimmigkeit
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 40/94 über die Gemeinschaftsmarke	15681/03 + COR 1 (fr,de,en,da,el,pt) + COR 2 (de) + REV 1 (fi,sv) + REV 1 COR 1 (fi)		Einstimmigkeit

FEBRUAR 2004			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Programms für die finanzielle und technische Hilfe für Drittländer im Migrations- und Asylbereich (AENEAS)	PE-CONS 3698/1/03 REV 1		Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit	PE-CONS 3688/03	12/04, 13/04, 14/04	Enthaltung UK Qualifizierte Mehrheit
2562. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 23. Februar 2004			
Entscheidung des Rates zur Festlegung der Kriterien und praktischen Einzelheiten zum Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte aufgrund der Anwendung der Richtlinie 2001/40/EG über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen	14698/03		Einstimmigkeit
2564. Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 24. Februar 2004			
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel	6159/04	15/04, 16/04	Dagegen: ES Qualifizierte Mehrheit

FEBRUAR 2004			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1673/2000 über die gemeinsame Marktorganisation für Faserflachs und -hanf	5355/04		Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Rates zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Gemeinschaftszollkontingente für bestimmte Fischereierzeugnisse für den Zeitraum 2004-2006	5978/04 + COR 1 (fr,it,nl,es,pt) + COR 2 (de)	17/04, 18/04	Dagegen: IT Enthaltung ES Qualifizierte Mehrheit
2565. Tagung des Rates (Bildung, Jugend und Kultur) vom 26. Februar 2004			
Beschluss des Rates über die Satzung des Beratenden Ausschusses für Berufsbildung	5702/04 + COR 1 (fr,nl,en,da,fi) + REV 1 (sv)	19/04	Einfache Mehrheit
Verordnung des Rates zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3975/87 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3976/87 sowie der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 hinsichtlich des Luftverkehrs zwischen der Gemeinschaft und Drittländern	5985/04	20/04	AT Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Rates mit Maßnahmen zur Wiederauffüllung der Kabeljaubestände	5261/1/04 REV 1 + COR 1 (da)	21/04	Qualifizierte Mehrheit

FEBRUAR 2004			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Entscheidung des Rates zur Änderung der Entscheidung 2002/736/EG zur Ermächtigung der Hellenischen Republik zur Anwendung einer von den Artikeln 2 und 28a der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG des Rates über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern abweichenden Regelung	5929/04 + REV 1 (fi)		Einstimmigkeit
Entscheidung des Rates zur Ermächtigung Spaniens, eine von Artikel 21 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG des Rates zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern abweichende Regelung anzuwenden	5930/04 + COR 1 (fi)		Einstimmigkeit
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Messgeräte	PE-CONS 3626/04		Qualifizierte Mehrheit

ERKLÄRUNG 8/04

Erklärung der Mitgliedstaaten zu militärischen Aspekten im Zusammenhang mit dem einheitlichen europäischen Luftraum

"Die Mitgliedstaaten –

- in Anbetracht dessen, dass die Verordnungen, mit denen der einheitliche europäische Luftraum geschaffen werden soll, lediglich für den allgemeinen Flugverkehr gelten und militärische Einsätze und Ausbildungsmaßnahmen nicht einschließen;
- in Bekräftigung dessen, dass der Rechtsrahmen für den einheitlichen europäischen Luftraum kohärent und konsequent in die Praxis umgesetzt werden muss, wobei die Erfordernisse der nationalen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und internationaler Übereinkünfte zu berücksichtigen sind;
- in der Überzeugung, dass die sichere und effiziente Nutzung des Luftraums nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den zivilen und den militärischen Luftraumnutzern erreicht werden kann, und zwar im Wesentlichen auf der Grundlage des Konzepts der flexiblen Luftraumnutzung und einer wirksamen Koordinierung zwischen zivilen und militärischen Stellen gemäß den Vorgaben der ICAO –

erklären ihre Absicht,

1. zusammenzuarbeiten und dabei den nationalen militärischen Anforderungen Rechnung zu tragen, damit das Konzept der flexiblen Luftraumnutzung in allen Mitgliedstaaten von sämtlichen Nutzern des Luftraums vollständig und einheitlich angewendet wird;
2. dafür zu sorgen, dass die Interessen der militärischen Luftraumnutzer der Mitgliedstaaten gegebenenfalls bei der gesamten Entwicklung und Verwirklichung des einheitlichen europäischen Luftraums und bei der entsprechenden Beschlussfassung vertreten werden, was auch für den gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. XXX/XX (Rahmenverordnung) eingesetzten Ausschuss für den einheitlichen Luftraum gilt;

3. gegebenenfalls dafür zu sorgen, dass Militärangehörige an den Arbeiten der gemäß Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. XXX/XXXX (Verordnung über Flugsicherungsdienste) beauftragten anerkannten Organisationen beteiligt werden;
4. in Bezug auf die Belange des Flugverkehrsmanagements der grundlegenden Bedeutung von Eurocontrol Rechnung zu tragen;
5. die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Stellen zu verstärken und, wenn und so weit wie es von allen betroffenen Mitgliedstaaten für erforderlich gehalten wird,
 - die Zusammenarbeit zwischen ihren Streitkräften in allen Angelegenheiten des Flugverkehrsmanagements zu erleichtern, damit dem einschlägigen Bedarf bei der Umsetzung des Regelungsrahmens für den einheitlichen europäischen Luftraum entsprochen werden kann;
 - unter Berücksichtigung des Ziels, den Regelungsrahmen für den einheitlichen europäischen Luftraum bis zum 31. Dezember 2004 zu schaffen, die erforderlichen Vorkehrungen zur Unterstützung der militärischen Zusammenarbeit zu treffen, damit eine ausgewogene Berücksichtigung der wirtschaftlichen und der sicherheits- und verteidigungspolitischen Erfordernisse gewährleistet ist."

ERKLÄRUNG 9/04

Erklärung der Kommission

"Die Kommission wird, sofern erforderlich, auf der Grundlage eines Erfahrungsberichts betreffend die Durchführung von Artikel 5 innerhalb von fünf Jahren Vorschläge bezüglich der Änderung des in Artikel 5 Absatz 6 vorgesehenen Verfahrens unterbreiten."

ERKLÄRUNG 10/04

Erklärung des Rates

"Der Rat ersucht die Kommission, alle erforderlichen Vorschläge zur Durchführbarkeit der Einrichtung eines gesicherten elektronischen Netzes für den Informationsaustausch zwischen den an dem Netz von Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen Beteiligten sowie entsprechender Optionen dazu zu unterbreiten."

ERKLÄRUNG 11/04

Erklärung der Kommission zu Erwägungsgrund 12

"Erwägungsgrund 12 gibt die Rechtslage gemäß Artikel 8 Absatz 2 des Beschlusses 2000/365/EG des Rates und gemäß Artikel 6 Absatz 2 des Beschlusses 2002/192/EG des Rates wieder. Er ist daher deklaratorischer Art."

ERKLÄRUNG 12/04

Erklärung des Vereinigten Königreichs zur Rechtsgrundlage

"Das Vereinigte Königreich sieht in Artikel 308 des Vertrags anstelle des Artikels 95 des Vertrags die richtige Rechtsgrundlage für die Verordnung zur Errichtung der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit.

Da das Vereinigte Königreich jedoch das mit dem heutigen Kompromisstext erreichte politische Ergebnis in der Sache unterstützt, wird es sich der Stimme enthalten, wenn der Rat eine politische Einigung erzielt."

ERKLÄRUNG 13/04

Erklärung Dänemarks zur Rechtsgrundlage

"Dänemark stimmt der Auffassung zu, dass Artikel 308 und nicht Artikel 95 des Vertrags die angemessenste Rechtsgrundlage für die Verordnung zur Errichtung der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit darstellt.

Da Dänemark jedoch das mit dem heutigen Kompromisstext erreichte politische Ergebnis in der Sache unterstützt und eine gemeinsame europäische Anstrengung im Bereich der Netz- und Informationssicherheit als dringlich ansieht, wird Dänemark für den Vorschlag stimmen, wenn der Rat eine politische Einigung erzielt."

ERKLÄRUNG 14/04

Erklärung der Kommission

"Die Kommission bekräftigt im Einklang mit ihrer Mitteilung vom Dezember 2002 über die Rahmenbedingungen für die europäischen Regulierungsagenturen ihren Vorschlag, einen kleinen Verwaltungsrat vorzusehen, der sich aus sechs von der Kommission und sechs vom Rat ernannten Mitgliedern sowie aus drei Vertretern interessierter Kreise ohne Stimmrecht zusammensetzt.

Im vorliegenden Fall wird die Kommission jedoch wegen der spezifischen Aufgaben der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit und der Dringlichkeit ihrer Errichtung einer Einigung der gesetzgebenden Organe in erster Lesung nicht im Wege stehen.

Die Kommission weist darauf hin, dass der eingeschlagene Weg eine Ausnahme darstellt, und bekräftigt ihre feste Absicht, dafür zu sorgen, dass die vorgenannten allgemeinen Rahmenbedingungen zur Anwendung gelangen."

ERKLÄRUNG 15/04

Erklärung des Rates und der Kommission

"Der Rat und die Kommission anerkennen die Notwendigkeit einer Änderung des Anhangs III der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates bis zum 1. Juli 2005, um sie an die neuen Kontrollvorschriften anzupassen, die Gegenstand der vorliegenden Änderung sind. Aspekte wie die Risikobewertung als Grundlage für die Bestimmung der Kontrollhäufigkeit können ebenfalls geprüft werden."

ERKLÄRUNG 16/04

Erklärung der spanischen Delegation

"Die spanische Delegation möchte zuallererst zum Ausdruck bringen, dass sie die Förderung und Entwicklung des ökologischen Landbaus vorbehaltlos unterstützt, wofür der spektakuläre Anstieg dieser Erzeugungsweise in Spanien (über 725 000 ha) als Beleg dienen kann. Wir befinden uns indessen gegenwärtig in einem beim Gerichtshof anhängigen Streitverfahren mit der Kommission bezüglich der Auslegung des Begriffs "bio" im Spanischen.

Wir machen geltend, dass in Spanien Erzeugnisse des ökologischen Landbaus durch den Ausdruck "ecológico", nicht aber "biológico" oder "bio", gekennzeichnet werden.

In Spanien bedeutet die Angabe "bio" nicht, dass das betreffende Erzeugnis aus dem ökologischen Landbau stammt, sondern vielmehr, dass es unbedenklich oder gut für die Gesundheit ist und zu einer ausgewogenen und natürlichen Ernährung beiträgt.

Die spanische Delegation hält die Änderung des Artikels 2 für nicht erforderlich, da die Ausdrücke zur Bezeichnung dieser Art der Erzeugung in den Sprachen der verschiedenen Mitgliedstaaten der EU nicht einheitlich sind und es im Spanischen zur Bezeichnung dieser Erzeugungsart nur einen einzigen Ausdruck gibt, nämlich "ecológico".

ERKLÄRUNG 17/04

Erklärung der Kommission

"Die Kommission wird die Lage auf dem Gemeinschaftsmarkt für Fischereierzeugnisse, für die für den Zeitraum 2004 bis 2006 autonome Zollkontingente eröffnet werden, sorgfältig überwachen. Sollten auf dem Gemeinschaftsmarkt bei einem oder mehreren dieser Erzeugnisse während dieses Zeitraums ernste Störungen oder Versorgungsprobleme auftreten, wird die Kommission die Sachlage unter gebührender Berücksichtigung aller relevanten Faktoren beurteilen und dem Rat gegebenenfalls Vorschläge zwecks Abhilfe unterbreiten."

ERKLÄRUNG 18/04

Erklärung der spanischen Delegation

"Die spanische Delegation enthält sich bei der Abstimmung über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Gemeinschaftszollkontingente für bestimmte Fischereierzeugnisse für den Zeitraum 2004-2006 der Stimme, da sie die für Thunfischfilets ("Loins") vorgesehene Kontingentsmenge für exzessiv hält.

Wir nehmen die Erklärung der Kommission, derzufolge sie die Versorgung des Gemeinschaftsmarkts mit Thunfischfilets aufmerksam verfolgen wird, zur Kenntnis. Dennoch bittet Spanien die Kommission, die Untersuchung über den Bedarf an Thunfischfilets für die europäische Verarbeitungsindustrie, die 1999 durchgeführt wurde, unverzüglich zu aktualisieren.

Die Kommission muss die Ergebnisse dieser Untersuchung berücksichtigen, wenn sie gegebenenfalls für dieses Kontingent so bald wie möglich entsprechende Änderungsvorschläge vorlegt."

ERKLÄRUNG 19/04

Erklärung der Kommission

"Die Kommission bedauert die Änderung, die der Rat hinsichtlich der Zusammensetzung des Beratenden Ausschusses für Berufsbildung vorgenommen hat, indem er jedem Mitgliedstaat die Möglichkeit bietet, einen zweiten Vertreter der nationalen Regierungen zu ernennen, was unter Umständen zu einer Gesamtmitgliederzahl von 100 Personen führt.

Nach Auffassung der Kommission bringt diese Änderung die Drei-Parteien-Struktur des Ausschusses aus dem Gleichgewicht und steht nicht in Einklang mit dem Ziel, die Effizienz und die Wirksamkeit des Beratenden Ausschusses in einer erweiterten Union zu erhöhen.

Vor diesem Hintergrund geht die Kommission davon aus, dass eine solche Option (ein zweiter Vertreter für die nationalen Regierungen) grundsätzlich eine Ausnahme bleibt, und bekräftigt, dass sie großen Wert auf die praktische Anwendung des Prinzips einer ausgewogenen Vertretung der verschiedenen Gruppen legt, wodurch eine effiziente Funktionsweise des Ausschusses sichergestellt wird."

ERKLÄRUNG 20/04

Erklärung der Kommission zur Überarbeitung der Verordnung Nr. 3976/87

"Die Kommission wird genau prüfen, ob der Anwendungsbereich der Verordnung Nr. 3976/87 des Rates insbesondere hinsichtlich der möglichen Arten von Gruppenfreistellungen (z.B. bestimmte Arten von Code-Sharing-Vereinbarungen) ausgedehnt und die Verordnung Nr. 3976/87 des Rates mit Blick auf marktspezifische Entwicklungen aktualisiert werden kann und wird dem Rat vor Ende 2005 gegebenenfalls die notwendigen Vorschläge unterbreiten."

ERKLÄRUNG 21/04

Erklärung der Kommission zur Flexibilität im Wiederauffüllungsplan für Kabeljau

"Die Kommission beabsichtigt, im Laufe des Jahres 2004 Konsultationen mit den Mitgliedstaaten durchzuführen und auf dieser Grundlage Vorschläge dazu vorzulegen, wie die Regelung in der Verordnung (EG) Nr. 2287/2003 des Rates in Bezug auf die Verteilung und die Übertragung von Fischereiaufwandszuteilungen flexibler gestaltet werden kann."

FEBRUAR 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Schriftliche Verfahren vom 6. Februar 2004 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass des Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung von Organisationen, die auf europäischer Ebene für die Gleichstellung von Männern und Frauen tätig sind Dok. 16185/03 + ADD 1 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen Dok. 16041/03 + COR 1 (de) + ADD 1 + ADD 1 COR 1 2560. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 10. Februar 2004 Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 2001/264/EG über die Annahme der Sicherheitsvorschriften des Rates Dok. 5239/04 + COR 1 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2320/97 zur Einführung endgültiger Antidumpingzölle auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder nicht legiertem Stahl mit Ursprung unter anderem in Rumänien in Bezug auf die Einfuhren der von Petrotub SA und Republica SA hergestellten Waren in die Gemeinschaft Dok. 5511/04 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1339/2002 des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Sulfanilsäure mit Ursprung in der Volksrepublik China und Indien Dok. 5474/04	Dagegen NL

FEBRUAR 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Verordnung des Rates zur Einstellung des Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von Säcken und Beuteln aus Polyethylen oder Polypropylen mit Ursprung in der Volksrepublik China, Indien, Indonesien und Thailand Dok. 5227/04 Liberia Dok. 5417/04 + ADD 1 + ADD 2 - Gemeinsamer Standpunkt des Rates über restriktive Maßnahmen gegen Liberia und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2001/357/GASP Dok. 5418/04 - Verordnung des Rates über bestimmte restriktive Maßnahmen gegen Liberia und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1030/2003 Dok. 5419/04 + COR 1 (fi) + COR 2 (pt) + REV 1 (en) Gemeinsamer Standpunkt des Rates betreffend restriktive Maßnahmen gegen Extremisten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2001/542/GASP Dok. 5639/04 Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Griechenlands Dok. 6133/04 Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Frankreichs Dok. 6134/04 Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Irlands Dok. 6135/04 Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Italiens Dok. 6136/04 Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Luxemburgs Dok. 6137/04 Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm der Niederlande Dok. 6138/04	

FEBRUAR 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs Dok. 6139/04 2561. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 19. Februar 2004 Beschluss des Rates zur Verlängerung der Maßnahmen des Beschlusses 2002/148/EG zur Einstellung der Konsultationen mit Simbabwe nach Artikel 96 des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens Dok. 5952/04 Simbabwe - Gemeinsamer Standpunkt des Rates zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Simbabwe Dok. 5641/04 - Verordnung des Rates über bestimmte restriktive Maßnahmen gegenüber Simbabwe Dok. 5843/04 Beschluss des Rates über den Abschluss - im Namen der Europäischen Gemeinschaft - des Protokolls zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend persistente organische Schadstoffe Dok. 5307/04 + REV 1 (fi), 6049/1/04 REV 1 + ADD 1 REV 1 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Dok. 5402/04 + COR 1 (en,es) + COR 2 (sv) + ADD 1 + ADD 1 COR 1 (en,el) Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 95/93 des Rates über gemeinsame Regeln für die Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen in der Gemeinschaft Dok. 16305/03 + COR 1 (fr) + COR 2 (fr) + ADD 1	Enthaltung BE

FEBRUAR 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2562. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 23. Februar 2004	
Gemeinsamer Standpunkt des Rates betreffend restriktive Maßnahmen gegen die Führung der transnistrischen Region der Republik Moldau Dok. 6167/04	
Beschluss des Rates und der Kommission über den Abschluss des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien andererseits Dok. 5521/04, 6726/01 + COR 1 (fr,de,it,da,el,es,pt) + ADD 1 + ADD 2 + ADD 3	
Beschluss des Rates über einen Mechanismus zur Verwaltung der Finanzierung der gemeinsamen Kosten der Operationen der Europäischen Union mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen Dok. 5770/04	
Verordnung des Rates zur Einführung vorübergehender Sondermaßnahmen zur Einstellung von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus Anlass des Beitritts der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Polens, Sloweniens und der Slowakei Dok. 11975/1/03 REV 1	
2564. Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 24. Februar 2004	
Beschluss des Rates über den Abschluss - im Namen der Europäischen Gemeinschaft - des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft Dok. 13735/03	
Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2236/95 des Rates über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze Dok. 5633/04 + ADD 1 + ADD 1 COR 1 (en,el,es)	

FEBRUAR 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2565. Tagung des Rates (Bildung, Jugend und Kultur) vom 26. Februar 2004 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestanforderungen an die Sicherheit von Tunneln im transeuropäischen Straßennetz Dok. 5238/04 + COR 1 (sv) + COR 2 (fi) + ADD 1	
